

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Substitutions-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ vorliegender Verbände. Schriftleitung: G. Wächterstraße 6. Fernsprechanzeige Nr. 2465, 2467, 2605. Persönliche Anstufung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverändert eingetragenes Manuskripten ist stets das Redaktionsbüro beizubringen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 Mkt. Halbesondergebühren, insgesamt 2,10 Mkt., für Abholer mündentlich 0,45 Mkt., Vorkaufspreis 2,10 Mkt., durch Vorkauf ausgestellt 2,30 Mkt. Bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 Mkt. — Einzelnenpreis 13 Pf. im Anzeigen- und 80 Pf. im Reklameteil der Willmutter. Hauptgeschäftsstelle: G. Wächterstraße 6. Fernruf 2465, 2467, 2605. Großdruckerei 20319 Gurtur.

Der Feind im Rücken Die Giftgaswolken Wettlauf im amerikanischen Schwindel

Die Partei des Herrn Hitler will uns bei der Präsidentenwahl amerikanisch kommen. Amerikanische Methoden, Geldmittel von amerikanischem Ausmaß und vor allem amerikanischer Schwindel. So glauben sie, die Gehirne genügen einnebeln zu können, um bei der Präsidentenwahl, und wenn nicht bei dieser Gelegenheit, so doch bei der kommenden Präfekturwahl aus der Giftgaswolke des Schwindels den Faschismus als Sieger emporkletzen zu lassen.

Die Kommunisten machen bei der Präsidentenwahl und Präfekturwahl den Wettlauf mit den Nazis aufnehmen. Sie wollen nicht da, wo die Nazis Gehirne einnebeln wollen, für Wahrheit und Klarheit und politische Erkenntnis sorgen, sie wollen vielmehr selbst einnebeln. Sie wollen nicht die Propaganda von Giftgaswolken und dem amerikanischen Schwindel befreien, sie wollen sie vielmehr selbst unter Giftgas setzen: nur die Fabrikmarke soll eine andere sein. Vor uns liegt ein Rundschreiben der Zentrale der K.P.D. an alle ihre Organisationen, das in Abschrift allen organisierten Körperparteien bis zu den Zellen gegeben soll bzw. zugegangen ist. Das Rundschreiben gibt Anweisung zur Vorbereitung der Präsidentenwahl und der Präfekturwahl, vor allem gibt es die Parolen. In diesem Punkte stellt die kommunistische Fälschung eine falsche Richtung an der nationalsozialistischen par: es erhält jeder verprochen, was er gerne hört und was er gerne haben möchte, ohne Rücksicht auf Realisierbarkeit, vor allem aber ohne Rücksicht darauf, ob sich die einzelnen Forderungen und Parolen miteinander vertragen oder widersprechen. Der Wettlauf in amerikanischen Schwindel kann dann beginnen.

Die beiden Parteien aber, die mit den Giftgaswolken der Schwindelpropaganda gegen die Köpfe der Wähler losziehen wollen, werden ihre Propaganda nicht gegeneinander richten. Sie werden vielmehr einander versöhnen, so als ob sie vorher eine Art von Neutralitätsabkommen abgeschlossen hätten. Sie suchen ihre Gegner vielmehr so anders, und beide sehen den Hauptgegner in der Sozialdemokratie. Das ist das Bemerkenswerteste an der kommunistischen Wahlpropaganda, daß sie wie eine Unterstützung des faschistischen Ansturms gegen die Sozialdemokratie wirkt. Die Parole „Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie“ wird auch in diesem Rundschreiben beibehalten und gilt als Richtschnur für den ganzen Wahlkampf. „Das Schwergewicht“, so heißt es da, „liegt in dem Kampf gegen die S.P.D.“ Nach der Sozialdemokratischen Partei gilt der Kampf der Kommunistischen Partei vor allem den christlichen Arbeitern.

Die Sozialdemokratie, die freien Gewerkschaften und die christlichen Arbeiter, das sind die Kräfte, die sich nach dem Zusammenbruch der Harzburger Front dem Ansturm des Faschismus entgegengekommen haben, als er einen Ueberrollungs- und Ueberwältigungssturm davontragen wollte. Das sind die Kräfte, denen das Volk und die Arbeiterklasse es verdankt, daß ihre Rechte und ihre Freiheit noch nicht unter der Krante des Faschismus ihr Leben ausgehaucht haben! Ihnen gilt der Kampf der Kommunisten. Sie werden als der Hauptfeind angesehen.

Was wollen also die Kommunisten? Bilden sie sich ein, daß die Macht ihnen zufallen könnte, daß der Weg über die Sozialdemokratie hinweg zu Sowjetrußland geht? Daran denken sie im Traume nicht, und sie wären Narren, wenn sie es selbst glauben wollten. Sie rennen vielmehr gegen die Sozialdemokratie als gegen das Bollwerk gegen den Faschismus an, weil sie den Faschismus an die Macht sehen wollen. Es ist die Politik der Katastrophe, die sie betreiben. Weil die deutschen Arbeiter in ihrer Mehrheit die maßgebenden Moskauer Rezepte ablehnen, soll ihnen der Faschismus beschert werden. Aus dem Narren glauben heraus, daß sie sich dann der K.P.D. in die Arme werfen würden. Die deutsche Arbeiterklasse in ihrer großen Mehrheit bedankt sich für diese Sorte von Politik, die die Freiheit und die Demokratie zerlegen lassen will, um hinterher in tiefen tauschendsten Umständen den Kampf um die Freiheit von vorn anzufangen. Diese wahrhaftigste Politik Freiheit von vorn unter Führung der faschistischen Kräfte gleich, nicht von ungefähr treiben die Kommunisten ihr verbrecherisches und verbrecherisches Spiel auch im Rücken der Ehemaligen Front gegen die Eiserne Front als Agenten des Faschismus.

Indessen ist damit der wahre Charakter der kommunistischen Pläne noch nicht voll aufgezeigt. Sie wollen dem bürgerkriegsartigen Faschismus direkt in die Hände arbeiten und sie geben deshalb die Parole aus, daß ihre Wahl- agitation gleichzeitig zum außerparlamentarischen Kampfe führen müsse. Was darunter zu

Keine Einigung der Harzburger über Präsidentschaftskandidatur Hitlers Felle schwimmen davon Er wird nicht Reichspräsident, er bleibt Gendarm

Der Münchener Oraf und Gendarm von Silberburghausen weißt seit Dienstag in Berlin. Wie es sich für ihn gestaltet, hat er mit seinem „Stabe“ ein ganzes Apartment in einem der vornehmsten und damit teuersten Berliner Hotels belegt. Als Zweck seiner Reise schwebte ihm vor, feiner Kandidatur für die Reichspräsidentschaftswahl im zweiten Wahlgang den unbedingten Sieg zu sichern, und zwar dadurch, daß sich die Deutschnationalen und der Stahlhelm auf den Reichspräsidenten in spe Hitler verpflichten sollten.

Hitlers Ziel ist, in dieser Republik unter allen Umständen Parteibuchbeamter zu werden. Wie er dazu kommen will, hat er auf der gemeinsamen Tagung der Nazisleiter und Nazireichstagsabgeordneten am 3. Februar in München höchstpersönlich ausgeführt. Er spekuliert vor allem darauf, daß die Sozialdemokratie zur Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgange einen eigenen Kandidaten aufstellt und deshalb die Kandidatur Hindenburgs, wenn überhaupt, erst für den zweiten Wahlgang in Frage kommt. Also soll Nazi-Friedrich im ersten Wahlgang für Hitler den Schrittmacher spielen. Man rechnet im Braunen Haus damit, daß er es bereits auf eine phantastische Höhe bringen und unter dem Druck Hitler feine Reichsregierung länger in der Lage sein wird, Herrn Hitler weiterhin die Staatsbürgerschaft zu verlagern. Ist die Spekulation gelungen — und man rechnet im Nazilager damit —, dann wäre der Weg für eine Kandidatur Hitlers für den zweiten Wahlgang frei und der Sieg für ihn sicher. Auch wie er schließlich gegen will, hat Hitler auf der Münchener Tagung der Nazis zu Beginn dieses Monats ausführlich dargelegt.

Seine Gausleiter sollen während des Kampfes um die Reichspräsidentschaft mindestens je 30 Verjammlun-

gen abhalten, vor seiner Verleumdung grüßschreden, mit Dreck nur so um sich werfen, und davon auch den Stahlhelm nicht ausnehmen.

Die sollen, soweit das Geld zu einer Propaganda nach amerikanischem Muster fehlt, oder wie Nazi-Goebbels in seinem Berliner Blättchen bereits wiederholt großspurig angeündigt hat, für den Wahlkampf, „wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat“, Schulden machen, da für den Fall eines Sieges, der nach Hitler zum Greifen nahe ist, die Reichskasse alles zahlt. Im anderen Falle will Hitler wie 1923, als er vor dem Münchener Bürgerbräu auf dem Sande ruftete, wieder einmal „sterben“...

Aber schon ist es mit dem Traum der Phantasten im Braunen Haus aus. Die Harzburger Front, mit deren Einigkeit es seit ihrer Gründung haperete, hat sich wieder einmal als papierne Gebilde erwiesen. Der Stahlhelm hat es abgelehnt, bei der Reichspräsidentenwahl für einen Nazi-Kandidaten zu stimmen und Eugenberg, der Allerweltsmann der Deutschnationalen, ist zwar für sich als Reichspräsident, aber nicht für Hitler. So sah der Oraf aus München und Gendarm von Silberburghausen am Dienstag seine Felle davonschwimmen. Er hatte sich alles bereits so schön ausgemalt und juristisch paroliert und man ist wahrhaftig alles Wirklich. Er wird niemals Reichspräsident. Er bleibt was er ist: Gendarm von Silberburghausen!

Der anderer Meinung ist, gewahre dem Oraf und seinen Trabanten während ihres Kampfes nach amerikanischem Muster möglichst viel Kredit. Nur verzeihe man nicht, vorzüglich für nach dem Kampf mit dem „Dritten Reich“ zugleich die Felle anzumelden.

Milde Urteile im Selldorf-Prozess Die Führer freigesprochen

Im Kurfürstendammprozess wurde gestern durch Landgerichtsdirektor Chnesorge das Urteil verkündet. Von den 31 Angeklagten, die sich seinerzeit vor dem Schnellstrafengericht zu verantworten hatten, wurden 12 Angeklagte freigesprochen, 16 Angeklagte wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Schubert wegen des gleichen Delikts in Tateinheit mit Verstoß gegen das Waffengesetz gleichfalls zu sechs Monaten Gefängnis, der Angeklagte Lippert wegen Verstoß gegen das Waffengesetz gleichfalls zu sechs Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Meede wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Körperverletzung zu zehn

Monaten Gefängnis.

Der O.M.-Führer Graf Selldorf und sein „Adjutant“ Ernst wurden von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen, im übrigen aber wegen öffentlicher Verleumdung zu je 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Angeklagte Stahlhelmführer Brandt wurde wegen einfachen Landfriedensbruchs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, Geseher, Kühns, Schulz, Sell, Samierki und Hagemeister sowie Tamerow wurden freigesprochen. Die beschlagnahmten Wagen wurden freigegeben, die Haftbefehle gegen Schuster und Meede wurden aufgehoben. Die Untersuchungshaft wurde sämtlichen Angeklagten an gerechnet. Die Entscheidung in der Frage einer Bewährungsfrist behält sich das Gericht vor.

verleihen ist, wird sofort deutlich gemacht: sie wollen während des Wahlkampfes Teilkreisreis organisieren als Hebel zu politischen Massenstreiks, Lohnstreiks mitten während des Wahlkampfes, angeblich zur Förderung der demokratischen Missionen in der Arbeiterklasse. Die K.P.D. und die Bürgerkriegsstrategen in der kommunistischen Partei wollen also in den nächsten Wochen Wahlmünzen ausführen. Sie wollen den Mechanismus in Bewegung setzen, der nach dem Glanzen der K.P.D. zum bewaffneten Aufstand und zur Revolution führt. Alles das ist bedrucktes Papier — denn glücklicherweise zeigen die Ereignisse, daß die deutschen Arbeiter zu Flug und zu Massenbeweisen sind, um in Massen auf so verbrecherische Pläne hereinzufallen. Diese Pläne aber — das ist das, was die Faschisten zur Rechtfertigung und Begründung ihrer eigenen Bürgerkriegspläne brauchen.

Die Massenbeweise Arbeiterklasse geht schmerzlichen Kampfen entgegen. Sie wiederholt die Erfahrung, die sie im Laufe der letzten Jahre genugsam gemacht hat: Wenn die Lage ernst ist, wenn es gilt, entschlossene Front zu bilden gegen Reaktion und Faschismus, dann steht die kommunistische Partei im Rücken der kämpfenden Arbeiterfront, dann verrät die kommunistische Partei die Sache der Freiheit und Demokratie! Die wahre, Massenbeweise Arbeiterklasse läßt sich dadurch in ihrem Kampf nicht beeinträchtigen. Sie fürchtet weder die Giftgaswolken der Nazis noch die Wahlmünzen der Kommunisten, sie wird ihre Sache gegen beide zum Siege führen!

Brünnings Genfer Rede Start passivistisch und sehr erfolgreich

Herr Brüning hat Dienstag in Genf die Rede gehalten, die an seiner Stelle und in dieser Situation jeder politisch unterrichtete Deutsche ebenso gehalten hätte. Sie war klar passivistisch, so daß man im Zweifel darüber sein kann, ob Herr Brüning nach ihr noch Aussicht hat, in die Reichswehr aufgenommen zu werden, aber sie war so richtig, und Herr Groener selbst hätte sie auch nicht anders halten können.

Daß der Anspruch auf völlige Gleichberechtigung erhoben wurde, war selbstverständlich, selbstverständlich war die Warnung von den verhängnisvollen Folgen eines Mißerfolgs dieser Konferenz, selbstverständlich war auch die kleine Verbeugung vor der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die vielleicht etwas tiefer geworden wäre, wenn die englische Arbeiterpartei noch in der Regierung läge. Sehr gut war die Bemerkung über die Notwendigkeit der Herstellung des allgemeinen Vertrauens — nur ist hinzuzufügen, daß die deutsche Regierung dazu auch etwas mehr beitragen könnte, wenn sie den Mut hätte, der verbrecherischen Nationalisten hehe klar und fest entgegenzutreten.

Deutschlands Kanzler und Außenminister spricht nicht im Sinne verbrecherischer Nationalisten

Brünnings Friedens- und Abrüstungsrede

Appell an die Menschlichkeit und an die Vernunft in Genf

Genf, 9. Februar.

Vor der Abrüstungskonferenz hielt gestern

Reichskanzler Brünnings

folgende Rede:

Seit langem hat das deutsche Volk diese Stunde erlitten. Zum erstenmal in der Geschichte setzen sich hier die Regierungen vor unausweichliche Aufgaben, die in gemeinsamer Arbeit einen sinnvollen, gerechten und umfassenden Plan für eine durchgreifende, auf Basis völlig gleicher Rechte und Pflichten aufgebaute Abrüstung zu schaffen und seine Verwirklichung zu sichern.

Kommt ein Mißerfolg, was Gott verhüten möge, so würde die Menschheit zu spät in unentrüsteten Leiden begreifen lernen, daß sie eine gute Stunde schuldig verstreut hat.

Erst aber das ein, was wir aus ganzem Herzen herbeisehnen, ist nicht der Gedächtnisrede der späteren Zeit folgen können, daß das Zeitalter der Zivilisation der Welt durch die Schmach des Zeitalters der Abrüstung und des Ausbaus eines Friedens, durch das Recht des Friedens, der auf Recht und Gerechtigkeit beruht, den Weg bereitet hat. (Beifall.)

Das Friedenswort, das mit der Gründung des Völkerbundes eingeleitet werden sollte, und durch spätere Kriege, wie dem Weltkrieg, weitergeleitet wurde, ruht gebieterisch nach der Durchführung des Abrüstungsgebührens als seiner naturgemäßen Vollendung und Krönung.

Die verantwortliche freiwillige Abrüstung aller Staaten ist neben der großzügigen und ernsthaften Einwirkung der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte des Krieges, die den Wiederaufbau der Welt fördern, der wichtigste und dringendste Schritt, um die von der Katastrophe des Weltkrieges in ihr Lebensmarke getroffene Menschheit zu neuer Gesundheit und neuem Aufstieg emporzuführen. (Beifall.)

Wir alle gehören noch der Generation an, für die der Weltkrieg unmittelbares persönlich Erlebtes war. Unseren Frontkämpfern von ehedem steht sein Bild in seiner ganzen fürchterlichen Unermüßlichkeit und unverlierbar vor Augen. Wird dieses Bild, diese Erinnerung im Geiste fortwährender Generationen, noch die mahnende und aufrüttelnde Lebenskraft besitzen, die allen Gemütern und Seelenregungen zum Trotz unermüdet zum Handeln treibt, wenn es unserer Generation, der Generation der alten Kämpfer, nicht gelingt, ein Bollwerk gegen die Wiederholter solcher Katastrophen aufzurichten, wie sich es dann den Nachfahren gelingen, die Verhinderung des Krieges wohl als Ideal, nicht aber so lebendig wie wir als unbedingte Notwendigkeit und Pflicht empfinden werden? Der Wille zum wahren Frieden, ein Gebot der christlichen Botschaft, das ist das erste weltliche Erbintrium, das jeder der an dieser Konferenz beteiligten Staaten mitbringen muß, wenn sie einen Erfolg haben soll. Es ist ihr Wille zum Frieden, der in der eindringlichen und unbedingten um Ausbruch kam. Die letzten Sonnabend in diesem Saale stattfand, nicht einzelne Personen, nicht Gruppen passivster Träumer, sondern die organisierten Millionen der Völker, der Arbeiterkraft, und besonders bedeutsam, der Frauen, haben ihren Willen, ihr Verlangen klar zum Ausdruck gebracht.

Der neue Wille zum Frieden muß die Verfolgung eines Interesses auf irgendeinem Wege, den Ausweg eines Streites mit den Waffen als Mittel der nationalen Politik brennend außer Rechnung stellen.

Unsere Einstellung darf daher nicht sein, daß jeder die Abrüstung für sich selber so wenig wie nur möglich betreiben möchte, sondern jeder muß mit ehrlichem Willen prüfen, wie weit er unter der Voraussetzung einer allgemeinen gleichen Abrüstung aller Staaten seine Willingen auf das im Völkerbundsstatut vorgesehene Minimum nur irgendwo senken kann.

Daher: fort mit dem Streben, die eigenen militärischen Kräfte so hoch wie möglich zu erhalten und die des Nachbarn so niedrig wie möglich herabzusetzen. Fort mit dem Bestreben, sich selbst mit dieser oder jener Interpretation des Völkerbundsstatutes die Möglichkeit militärischer Kraftentziehung zu sichern und sie anderen zu nehmen!

Das ist nicht der richtige Weg! Das ist der Weg, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den heute bestehenden ungelassen Zustand des Bewusstseins, auf ungleichen Rechten aufgebauten Friedens aufrechtzuerhalten. Ein Mißerfolg des wahren Abrüstungsgebührens aber würde, das ist meine feste Überzeugung, durch die Folgen, die er auf moralischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete nach sich ziehen würde, von einer so verhängnisvollen Wirkung für die ganze Welt sein, daß jedes einzelne Land, ob groß, ob klein, aus schwerster Dankbarkeit zu leiden hätte.

Die Welt darf nicht daran zugrunde gehen, daß die Staatsmänner nicht den Mut finden können, die Erkenntnis, die sie in ihrem Innern tragen, einschließlich und einmütig zu veröffentlichen. Die Staatsmänner, die hier versammelt sind, tragen zudem

eine besondere Verantwortung auf Grund eines der Welt gegebenen feierlichen Versprechens.

Man wird vielleicht sagen, daß für den Staatsmann die Verantwortung gegenüber seinem eigenen Lande an erster Stelle stehe, daß die Notwendigkeit der Sicherheit des eigenen Staates jede andere Verpflichtung zurücktreten lasse. Ich vermag nicht zuzugeben, daß zwischen den richtig verstandenen eigenen Interessen und dem Gemeinheitsinteresse der Staaten ein unlösbarer Gegensatz besteht. (Beifall.)

Ich erinnere daran, daß die Sieger des Weltkrieges bei Vorgabe ihrer Friedensbedingungen ausdrücklich als ihr gemeinsames und feierliches Bekenntnis niedergelegt haben, daß die allgemeine Herstellung und allseitige Befriedigung der Rüstungen eines der besten Mittel zur Kriegsvermeidung sei und daher als eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes betrachtet werden müßte. Hierin ist klar zum Ausdruck gebracht, daß die allgemeine Abrüstung die höchste Sicherheit nicht gefährdet, sondern fördert, daß sie alle mit der Verantwortung des Staatsmannes für die Sicherheit des eigenen Landes nicht im Widerspruch steht, sondern im Gegenteil gerade in ihrem Sinne liegt. Käuft sich überdies der Artikel 8 des Völkerbundsstatutes, der die allgemeine Abrüstung vorschreibt und die dafür die vor uns liegende Aufgabe das Grundgesetz bildet, die Möglichkeit ein, bei der Bestimmung des Maßstabes der Rüstungen jedes einzelnen Staates den Erfordernissen des nationalen Sicherheitsbedürfnisses Rechnung zu tragen?

Nein, meine Damen und Herren, es gibt nichts, was uns, die

wie hier versammelt sind, von der Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer fairen Lösung für die allgemeine Abrüstung freisprechen könnte. (Beifall.)

Große und kleine Staaten tragen diese Verantwortung in gleichem Maße. Denn das Grundprinzip des Völkerbundes ist die Gleichberechtigung. Niemandem dürfen die Interessen nicht so sehr mit den schwierigen Problemen der Weltpolitik belastet sein, diesem großen Weltzweck unabhängig gegenüber und vielleicht vermögen sie besonders für die fernere Entwicklung zu übersehen. Ihnen allen und jedem einzelnen von Ihnen fällt darum nach unserer Überzeugung auf der Konferenz eine besonders wichtige Aufgabe zu. Wir haben in dieser Versammlung, in der jede Stimme gehört und jede Stimme gezählt wird, Wirkungsmöglichkeit, aber auch Verantwortlichkeiten von großer Bedeutung.

Das Deutsche Reich, für dessen Politik ich die Verantwortung trage, ist bereit, an der vor uns liegenden Aufgabe mit ganzer Seele mitzuwirken und nach besten Kräften alles Verantwortbare zu tun, um im Sinne der Verfasser des Abrüstungsgebührens, entsprechend ihrem im Völkerbundsstatut niedergelegten Grundsatze, diese Konferenz zu einem abschließenden Ergebnis zu führen. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entschlossenheit die allgemeine Abrüstung. Deutschland hat darauf einen rechtlichen und moralischen Anspruch, der von niemandem in Zweifel gezogen werden kann. Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker. (Starker Beifall.)

Neue, aber langsame Arbeitslosenzunahme / Die 6-Millionengrenze überschritten

Entwicklung des Arbeitsmarktes

Wieviel Arbeitslose?

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat ihren Bericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Reich in der zweiten Januarhälfte vorgelegt. Der Bericht befaßt im wesentlichen die Arbeitslosigkeit hat in der Zeit vom 16. bis 31. Januar erheblich langsamer zugenommen als im vorigen Berichtsdrittteil; sie übersteigt jedoch zum erstenmal die Sechsmillionengrenze. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die den einzigen statistisch zuverlässigen Maßstab für den Umfang der Arbeitslosigkeit darstellt, belief sich am 31. Januar auf rund 6 041 000. Sie ist gegenüber dem 15. Januar um rund 75 000 gestiegen, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte rund 298 000 betragen hatte. Im Vorjahr stieg die Arbeitslosenzahl in der zweiten Januarhälfte um rund 122 000, blieb damit aber noch nahe unter 5 Millionen (4 887 Millionen).

Die Belastung der Unterstützungseinrichtungen stieg stärker als die des Arbeitsmarktes, da in der Berichtzeit auch für solche Arbeitslose die Vorräte obfiel, die vor dem letzten Eintrag arbeitslos geworden waren. Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende Januar in der Arbeitslosenversicherung rund 1 885 000, in der Rentenversicherung rund 1 596 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; die Zahl der Vorräte ist im Vergleich mit dem 15. Januar um 106 000 auf die Arbeitslosenversicherung, um 49 000 auf die Rentenversicherung, Ende Januar standen somit rund 3,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger, rund 1,7 Millionen Vorräte.

Die deutsche Geldpolitik zu Januar-Ultimo

Neue Sorgen der Reichsbank

Von den rund 306 Millionen Mark, um die die Reichsbank ihren Kredit zur Überwindung des Januarultrimo erweiterte, sind in der ersten Februarwoche 210,2 Millionen Mark zurückgezogen. Damit sinkt die Summe des von der Reichsbank gewährten Kredits auf 373,4 Millionen Mark gegenüber 398,3 Millionen Mark Ende Januar. Der Bestand an Handelsmediaten und Schecks macht 3461,7 Millionen Mark aus gegenüber 3621,8 Millionen Mark Ende Januar. Die Bestände an Reichsbankmediaten wuchsen mit 22,1 Millionen Mark gegenüber Ende Januar 32,7 Millionen Mark und die Comptobestände mit 129 Millionen Mark (Ende Januar 158,3 Millionen Mark). Die seit Wochen zu beobachtende Tendenz einer weiteren Wirtschaftsschrumpfung prägt sich deutlich in diesen Zahlen aus. Daneben geht eine abnehmende Verminderung der Deckungsreserve. Für das Jahr 1932 ergibt sich folgende Entwicklung:

So macht kein Zweifel daraus, daß sie übrigens auch sonst in der Welt, in Deutschland nach manchen bitteren Erfahrungen vielfach ein harter Scheck gegenüber den Gesetz Arbeitern laut geworden ist. Aber es liegt nur an den positiven Arbeiten dieser Konferenz, solche Zweifel zu wibrigen. Sie werden verschwinden, wenn hier das große Ziel erreicht wird. Nirgendes in der Welt wird das mit tieferer Befriedigung begrüßt werden als in Deutschland. Das deutsche Volk trägt in seinem Herzen jenen aufrichtigen Friedenswillen, von dem ich vorhin gesprochen habe. Es ist sich klar darüber, daß nur durch eine allgemeine, nachhaltige, gleichmäßige, ohne Vorbehalten und Hintergebanten beschlossene und durchgeführte Abrüstung die lähmende Spannung in der Welt beseitigt und die Menschheit wieder mit Vertrauen und Unternehmungslust erfüllt werden kann.

Ich erlaube mir, daß Deutschland als vollberechtigtes und vollverantwortliches Mitglied des Völkerbundes vor dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird für eine allgemeine Abrüstung, für eine Abrüstung unumkehrlicher Art, wie sie im Völkerbundsstatut für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgesehen ist. Eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit bringt. Deutschland wird im Geiste weitestgehender Solidarität und Verbrüderungsbereitschaft, aber auch mit unerbittlicher Energie diesem Ziele zustreben. Es bietet allen Völkern, die auf dieser hohen Versammlung vertreten sind, herzlich seine Hand zur gemeinsamen Arbeit an diesen gemeinsamen Werten.

erwerbslos gegenüber. Die Arbeitslosigkeit hat in den landwirtschaftlichen Berufen besonders der östlichen Bezirke und im Baugewerbe noch etwas zugenommen. Die Wiederaufnahme in einzelnen Kleinbetrieben konnten keinen Ausgleich schaffen. Die üblichen und weichen Gebieten ermöglichte die günstige Witterung einen vorzeitigen Beginn der landwirtschaftlichen Bestellungen mit dem Stammpersonal.

In den Produktionsgüterindustrien hat die Abwärtsentwicklung im allgemeinen angehalten. Besonders schwer scheint der Rohlenbergbau betroffen: Die Entlassungen von Bergarbeitern im Ruhrkohlenbergbau beliefen sich am 31. Januar auf rund 8000 Mann, zum 15. Februar sind etwa 4000 weitere Bindungen ausgesprochen, und die Zahl der arbeitsfähigen Arbeiter ist von etwa 82 000 im Dezember auf mehr als 85 000 im Januar gestiegen. Auch in den anderen Kleinindustrien und im Brau- und Holzgewerbe sind größere Entlassungen statt. In den Häften- und Holzgewerben des westlichen Bezirkes wurden Arbeitskräfte freigelegt, in den oberbayerischen Betrieben blieb die Kurzarbeit an.

Unter ihnen befinden sich Leute mit Gelegenheitsbeschäftigung, die nicht versicherungspflichtig, aber auch nicht voll arbeitslos sind, ferner die aus der Arbeitsvermittlung ausgeschiedenen verheirateten Frauen, bei denen infolge der Beschäftigung des Mannes angeblich eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Arbeitsvermittlung nicht mehr vorliegt, sowie die unvertehrten weiblichen Arbeitskräfte, die heute wieder im Haushalt des Vaters tätig bleiben. Es handelt sich hier um eine verhältnismäßig große Gruppe aus den Arbeitslosen, die im Laufe der letzten Monate abgebaut wurde.

Die Arbeitslosenversicherung befreit zur Zeit, wie aus den neuen Ziffern der Reichsanstalt hervorgeht, über 36 Proz. der Unterstützungsempfänger. Damit ist die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung, die von manchen Seiten bereits für abbaufähig erklärt wird, von neuem zu unterstreichen.

	1. Januarwoche	1. Februarwoche
	in Millionen Mark	
Gesamte Kreditgewährung	4130,8	3773,4
Davon Handelsmediaten u. Schecks	3854,1	3461,7
Währungsreserve insgesamt	1141,3	1075,7
Goldbestände	979	928
Deckungsreserven	162,3	146,8

In der ersten Februarwoche verminderte sich die Währungsreserve um rund 17,8 Millionen Mark. Bei den Goldbeständen ist allein ein Verlust von 19,5 Millionen Mark festzustellen, während die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 1,7 Millionen Mark zugenommen haben. Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsbestände beträgt für die erste Februarwoche 25,1 Proz. gegenüber 24,8 Proz. in der letzten Januarwoche und 24,9 Proz. in der ersten Januarwoche.

Die Strafanträge im Favag-Prozeß

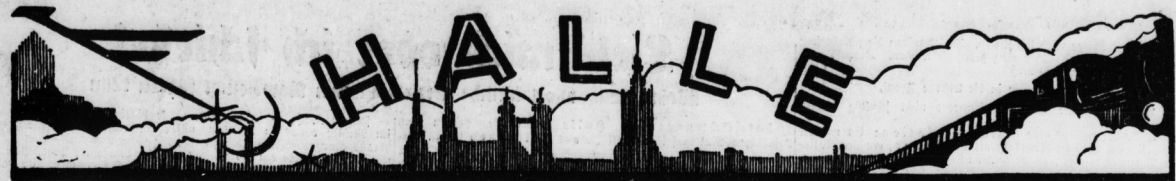
Staatsanwalt fordert Gefängnis, Geld- und Ehrenstrafen

Frankfurt a. M., 9. Februar. (Eigenbericht.) Am Schluß seiner zweitägigen Anklage in der Favag-Prozeß stellte der erste Staatsanwalt einlehn folgende Strafanträge:

Gegen die früheren Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft Lindner und Schumacher wegen fortgesetzter handelsrechtlicher Untreue in vielen Fällen eine Gesamtstrafe von 1 1/2 bzw. 2 Jahren Gefängnis und Geldstrafen in der Höhe von 15 000 bzw. 16 000 M.; gegen den Berliner Vertreter der Favag, Direktor Mühlde wegen fortgesetzter Beihilfe zur handelsrechtlichen Untreue eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren und eine Geldstrafe von 32 000 M.; sowie ein dreijähriger Ehrenverlust; gegen den Angeklagten Sauerbreij wegen Betrugs, Urkundenfälschung und

fortgesetzter handelsrechtlicher Untreue 4 Jahre Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe und gegen den angeklagten Rechtsanwalt und Notar Dr. Hirschmann 3 Jahre Gefängnis, 3 Jahre Ehrenverlust und 12 000 M. Geldstrafe wegen Betrugs und handelsrechtlicher Untreue. Dem Angeklagten Sauerbreij und Hirschmann soll die Unterbindungspflicht angeordnet werden. Der angeklagte Buchhalter Fuchs soll mit 3 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe beaufschlagt werden. Ihm wird nur in einem Falle handelsrechtlicher Untreue zur Last gelegt. Die Bestrafung im Falle der Mitleidensbereitschaft mit 100 M. gleich einem Tag Gefängnis unangetastet.

In der Begründung der Strafanträge führte der erste Staatsanwalt aus, daß die Angeklagten im vollen Umfang für ihre Taten und den von ihnen angelegten Schaden verantwortlich sind.



Jugend hält zur Eisernen Front

Die zweite Rundgebung in Halle

Dr. Klotz spricht vor 1500 Personen - Die Nazis kneifen

Nach dem glänzenden Auftakt, mit dem die Eiserne Front in Halle am Freitag vergangener Woche ihre Versammlungskampagne begonnen hatte, fand gestern Abend im „Volkspark“ eine neue überfüllte Rundgebung statt, die in jeder Hinsicht eine Erfüllung aller Erwartungen ist, die die erste Rundgebung der Eisernen Front veranlaßte. In der Erkenntnis, daß, wie die Jugend hat, die Zukunft besitzt, hatte die Eiserne Front diese zweite Rundgebung als eine Rundgebung für die Jugend bestimmt. Und die hallische republikanische und sozialistische Jugend hatte sich in fastlicher Anzahl eingefunden, um der älteren Generation das Gefühl der Treue zur Bewegung, zur Verfassung und zum Sozialismus zu geben. Die Nazis, die, einige wichtige Umstände auszunutzen, die letzte Jugendversammlung im „Volkspark“ durch einen maßlosen Terror der polizeilichen Auflösung anbeimgaben, ließen sich dies nicht anmerken in der Rundgebung selbst, noch später in den Straßen stehen. Wenn man bedenkt, daß noch in der letzten Ausgabe des „Kampf“ geäußert wurde, auch diese zweite Jugendversammlung zu stören, so kann man diese

die Heer zu diesen Rohmaterialen zu fassen. Es müßte endlich Schluß gemacht werden mit dem System des Terrors, das die Nazis pflegen. Diesem Verbrechertum sagt die Eiserne Front Kampf mit allen Mitteln an. Genaue Kenntnis für die Nazis für „Kampf“ mit der roten Norddeutsche“. Dabei lehrte die Statistik nur zu deutlich, wo der politische Nord beheimatet ist. In diesen Jahren kamen 415 Anhänger der Einheitsparteien durch die Nazis zum Tode. Dem stehen nur 88 auf der rechten Seite gegenüber — von denen die meisten Opfer von Auseinandersetzungen sind, bei denen Nazis die Angreifer waren. Es sind die Nazis gewesen, die den Nord zum System machten. Und zwar sind verantwortlich dafür vor allem die Versammlungsleiter und die Journalisten, die von jeder zum „Opferrollen“ hetzen. Wir haben diesen Terror allzu lange das Feld überlassen. Jetzt ist es genug. Die Eiserne Front räumt damit auf. Ihr Zweck ist, uns selbst und die Bevölkerung gegen illegale wie legale Angriffe zu schützen.

Sabotage eines höheren Befehls durch die SA. nicht anders denken, als daß auch bei diesen rauen Kämpfern die Erkenntnis kommt, daß die Eiserne Front doch nicht so ganz ungefährlich, doch nicht so ganz „dünn“ ist, wie es die von ihnen gefesselte Presse hingustellen beliebt. Für die Nazis hatte sich jedoch eine Anzahl Kommunisten eingefunden, die sich aber in der übergroßen Mehrheit außerordentlich ruhig verhielt. Nur einmal mußte ein Zwischenruf, der sich floghaft erhob, zur Ordnung gerufen werden.

Dr. Klotz schloß dann die Ereignisse des Stillerputzes in Bayern, an dessen Vorabend Hitler erklärt hatte, daß entweder Deutschland frei werde, oder seine Bewegung tot sei. Als dann am nächsten Tage ein Brief geschrieben wurde, verpackt dem Hitler in die bayerischen Berge. In jedem anständigen Staat wäre diese männliche Fiktion, die einer Berliner SA „der kleine Zauber“ genannt, eine unmögliche Figur. Bei uns ist es möglich, wird er nicht unmöglich gemacht. Eine nicht minder tragische Rolle spielte Fried in Thüringen, der Mann, der Thüringen zu einer Republik machen wollte und der heute vom Ministerpräsidenten zum — Regierungsrat ernannt ist.

Die Versammlung nahm sonst einen sehr ruhigen Verlauf. Der Vortrag zu ihr war noch stärker als zu der ersten. Schon um 7 Uhr besam man nur mit Mühe noch einen Platz im Saal. Die Gäste war ebenfalls schon zu dieser Zeit besetzt. Hunderte junger Republikaner mußten in den Gängen und im Hintergrund des Saales dicht gedrängt stehen. Pünktlich um 8 Uhr begann das Konzert des Reichsbanner-Spielmannszuges, der mit seinen flotten Weisen für die rechte Stimmung sorgte. Unter den Klängen des Fanfarenchores der SAJ, wurden darauf die Hymnen in den Saal gebracht und flankierten die mit den Farben der Republik und des Sozialismus geschmückte Bühne, über der in mächtigen Lettern auf rotem Tuch der Appell in die Augen sprang:

„Einheit in die Eisernen Front!“

Schlag 8 Uhr eröffnete Genosse Schmidt von der Gewerkschaftsjugend die Jugendrundgebung der Eisernen Front und gab dem Redner des Abends, Dr. Klotz, das Wort. Dr. Klotz, der mit Beifall empfangen wurde, ams den Urtext aus, das gestern in Berlin gegen diesen nationalsozialistischen Studentenrotz ausgesprochen wurde. Er fengemeinte dieses Urteil als erstes erfreulich (hört) Eingreifen gegen das Naziprogramm. Wichtiger ist es jedoch, auch

Zum Andenken Robert Kochs

Vorträge im Tuberkulose-Verband

Beim Hallischen Tuberkulose-Verband hielt gestern im Tuberkuloseinstitut der Landwirtschaftskammer Facharzt Dr. Lümmel einen Vortrag über Robert Kochs Wirken. Robert Kochs große Bedeutung liegt in der Entdeckung des Tuberkelbazillus vor nunmehr 50 Jahren. Seine Forschung schuf die Grundlage für eine erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose. Er war es außerdem, der die Unterschiede zwischen den einzelnen Arten des Bazillus das erste wirksame Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose, das Tuberculin, herausgab. Sein Erfolg ist ein erheblicher Rückgang der Tuberkulose-Häufigkeit.

Eine Filmreise durch den Menschenkörper

Im Rahmen der Volkshochschule wurden gestern im überfüllten Zoologischen Museum Vorträge über den menschlichen Organismus gehalten, die durch kurze, erläuternde Vorträge des Leiters der Wissenschaftlichen Abteilung, Dr. med. Kaufmann, begleitet waren. In anschaulicher, interessanter Art wurden einem Laienkreis die hauptsächlichsten Lebensvorgänge des menschlichen Körpers gezeigt und näher gebracht. Der Film war erfreulicherweise nicht nur eine Vorkenntnisstellung von Triadaufnahmen, sondern mit den Erzeugnissen der modernen Kinetographie wurde hier ein Film dargestellt, der die menschlichen Organe in lebendem Zustande, das heißt in Funktion zeigt. Die Erfindung der Röntgenstrahlen ist nunmehr bald 40 Jahre alt, die kinematographischen Röntgenaufnahmen sind aber erst das Ergebnis langwieriger Arbeiten der letzten zwei Jahre. Jeder Vortag lenkt die Wirkung der Röntgenstrahlen, durch feste Körper hindurchdringen und die Eigenheit, photographische Filme zu schärmen. So mußte dann erst eine Apparatur erdacht werden, die die gegen die Geleze der Haut handelnden Strahlen für die photographische Platte in natürlicher Weise empfindlich macht. Die früheren photographischen Röntgenaufnahmen zeigen nur einen Angelegentlichkeitszustand irgendeines Organs; die neuesten kinematographischen Aufnahmen gestalten nun, Organe in ihrer Bewegung und Arbeit zu beobachten. Praktisch-medizinisch wird sich die Erzeugnisse nicht nur auswirken, denn es ist ja dem Arzt ermöglicht, eine Aufnahme nach Jahren, daß heißt wenn die Tätigkeit des Organs vielleicht schon ein verändertes ist, mit dem Augenblicksbild zu vergleichen und so Rückschlüsse auf Verfestigung oder Verflüchtigung der Funktion eines Organs zu ziehen.

Große Bedeutung verdienen die gezeigten mikroskopischen Aufnahmen nach dem Zeittafelverfahren. Die menschlichen Blutzellen sind in ihrer Bewegung, dann der Kampf der menschlichen Abwehrstoffe (weiße Blutzellen) gegen eingedrungene Krankheitserreger (Pflanzlicher und tierischer Natur, dann die Befruchtung einer Eizelle durch einen Spermatozoon sind die besorgenen Mikro-Aufnahmen, in denen die Arbeit und Geduld steht. Alles in allem: der gezeigte Abend zeigt, daß es durchaus möglich ist, das Verändern in der Biologie des Menschen einzuführen und das Verhältnis der Vorgänge im eigenen Ich klarer zu gestalten.

Kinderbrillen und niederschließen

Revolverattentat der Nazis auf den Entthäter der Boyheimer Dokumente

Wie uns aus Jütlkau telegraphisch wird, ist der heftige Landtagsabgeordnete Dr. Schäfer, der Entthäter der Boyheimer Mittdokumente der Nazis, der Dienstag in Halle sprechen soll, in vergangener Nacht nach einer überfüllten Versammlung in Werra, als er in sein Hotel zurückgehen wollte, auf dem Rathausplatz in Jütlkau, wahrscheinlich aus einem Auto heraus, niederschossen worden. Schäfer wurde am Oberarm so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

In zwei Entschlüssen an die Reichs- und Landesbehörden sowie den Magistrat der Stadt Halle wurde gefordert, daß das Andenken von Robert Koch würdig gefeiert wird. In Halle sollte nach ihm ein Erziehungsbau benannt werden.

Die Aufgaben des Tuberkulose-Instituts

Anschließend sprach der Leiter des Tuberkuloseinstituts der Landwirtschaftskammer, Direktor Dr. Kaufmann, über die Aufgaben des Instituts. Es ist in erster Linie der Tierseuchenbekämpfung gewidmet, es dient darüber aber auch der öffentlichen Gesundheitspflege durch die Bekämpfung einer Reihe von Antituberkulose. In diesem Zusammenhang beschäftigte sich der Redner eingehend mit dem am 1. Januar 1932 in Kraft getretenen Reichsmilchgesetz, für das er sich einsetzte. Durch das Gesetz werde die Qualität der Milch gehoben, so daß dem Käufer Gewähr geboten sei, daß er Milch von gesunden Tieren erhalte. Aus der Reihe der Krankheiten, die die Milch nachteilig beeinflussen können, erwähnte Dr. Kaufmann insbesondere die Tuberkulose und demonstrierte an Bildern und Präparaten, welche Formen dieses Leidens vorkommen können. Den interessanten Ausführungen folgte ein Rundgang durch das Institut, über dessen Einrichtung und Wirken wir gelegentlich der Eröffnung bereits eingehend berichtet haben.

Advertisement for 'Immer mehr JUNIO Freunde' featuring a group of people and the text 'DANK JHRER QUALITÄT UND PREISWÜRDIGKEIT 6 STÜCK 20,-'.

Wie Winkertons Auge wacht

Vom Sticker zum Teufelskitt - Winkerton nicht Verbrecher - Ein Mörder wird durch Gespenkter- spuk überführt - Die modernen Winkertons als Kapitalvergeud

Seit etwa achtzig Jahren hält Winkertons Auge, das Symbol der beständigen Agentur, seinen wachsamsten Blick auf die Armeen des Verbrechens in den Vereinigten Staaten gerichtet. Winkerton ist das einzige Unternehmen seiner Art, das es zum Besten gebracht hat. Sein Begründer, Allan Winkerton, hat denn auch genug erlebt, um vierzig Bände Erinnerungen schreiben zu können. Es ist nicht leicht, sich durch dieses unerschöpflich scheinende Material hindurchzufinden. Da hat nun ein Publizist, Richard Wilmore Roman, die Bände ausgefiltert und aus den Memoiren das Wichtigste: die Methoden und das Geheimnis eines großen Erfolges herausgeholt.

Allan Winkerton wurde 1819 zu Glasgow geboren. Sein Vater war Politician; als Allan zehn Jahre alt war, wurde er eines Mordes schuldig verwurmt nach Hause gebracht; er starb als Opfer seines Berufs. Der Junge lernte das Büchertreiben handwerk, betätigte sich an der Bewahrung des Charakters, heiratete und wendete mit 23 Jahren nach Kanada aus. Das Gespöcht, mit dem er über den Ozean fuhr, erlitt in der Nähe von Halifax Schiffbruch und die jungen Leute kamen nur unter großer Gefahr in Amerika an. Winkerton wendete sich aber nicht nach Kanada, sondern nach dem damals unbedeutenden Flecken Chicago, in dessen Umgebung er sich niederließ. Dort bot ihm das Schicksal die große Chance. Einmal Zauber fuhr Winkerton nach einer Anleihe im Pro-Klasse, um Holz zu holen, die er zum Binden der Bücher brauchte. Bei dieser Gelegenheit entdeckte er die Spuren einer Falschmünzfabrik, und er verfertigte über seine Beobachtungen einen so genauen und schätzbaren Bericht, daß der Sheriff die Missetäter unerschöpflich machen konnte. Mit einem Schloß war Winkerton bei seinen Mitbürgern populär. Er wurde zum Unter-Sheriff ernannt. Freilich waren damals, so man von einer wirklichen Autorität des Staates noch reden konnte — es waren die wilden Zeiten des Juges nach dem Westen!

Öffentliche Funktionen wenig anziehend, so quitierte Winkerton bald den Dienst und eröffnete seine Agentur; mehrere Opfer eines Verbrechenbühnen hatten ihn nämlich um Hilfe angegangen, und das gab ihm Mut, sich selbständig zu machen. Im Laufe eines Jahrzehnts wurde dies Unternehmen nicht nur ein Verteidiger des Vorterritoriums, sondern auch eine staatliche Institution. Während des Sezessionskrieges leitete Allan Winkerton den Informationsdienst für die Bundesregierung. Seine Unschuld rettete den Präsidenten Lincoln vor einem Attentat wie Jahre vor dem Anschlag des Schauspielers Booth, der dem Befreier der Sklaven das Leben kostete.

Um den Verbrecher nützlich zu machen, behielt er sich manchmal nicht unbedenklicher Mittel, die eines Edgar Allan Poe würdige gewesen wären. Einen gewissen Elcom hatte er im Verborgenen seinen Freund Carter erzwungen zu haben. Um ihn zu überführen, ließ er zunächst zwei Detektive, einen Mann und eine Frau, als Diener und Köchin in die Dienste Elcoms treten, mit dem Auftrag, in den Zimmern immer wieder ein durchdringendes Geräusch zu verbreiten, wie es der ermordete Carter mit Vorliebe benutzte hatte. Auch sollten sie eine rote Flüssigkeit verbreiten, die wie Blut aussehend, nicht genug damit, ließ er im Schlafzimmer ein verlockendes Schloßrohr anbringen, durch welches er mit grünenhaften, gespenstlichen Lauten Elcom nicht zur Ruhe kommen ließ und

mit Gewissensbissen peinigte. Am Morgen nach dieser fürchterlichen Nacht flüchtete Elcom mit dem ersten Zug aus der Stadt, von den Kurieren seines bösen Gewissens gepeinigt; aber Carters Wächter folgte ihm auf dem Fuße und verlor es, in seinem Kapitulation zu bewegen. Da hielt es Elcom nicht mehr aus; er sprang aus dem fahrenden Zug, der sofort zum Stehen gebracht wurde, und in den Armen Winkertons gab er seinen Geist auf, nicht ohne zuvor ein

renommiertes Geständnis abgelegt zu haben. Keiner seiner Mitarbeiter, nicht einmal seine beiden Söhne und sein Enkel, die doch die beste berufliche Ausbildung genossen hatten, besaß die hervorragenden kriminalistischen Fähigkeiten des alten Winkerton.

In Amerika haben sich die Winkertons in den Kreisen der merkantilen Bevölkerung dadurch einen schlechten Namen gemacht, daß sie sich schließlich vom kriminalistischen Gebiet auf das der sozialen Kämpfe warfen. Sie stellten den Unternehmern Stempel und Privatpolizisten gegen gute Bezahlung zur Verfügung, die dann gegen die Arbeiterorganisationen verwanzt wurden. Diese Winkertons' sind häufig mit großer Brutalität gegen die um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter bei Streiks und Demonstrationen vorgegangen. Man kann sagen, daß die Winkerton-Agentur heute nicht mehr ein Privatdetektivunternehmen wie in früheren Jahrzehnten ist, sondern ein Organ der amerikanischen Kapitalisten zur Niederknüpfung der Arbeiterkraft.

Die Agentur Winkerton unterhält auch ihr eigenes Museum, in dem man die Entwürfe der Kriminalisten studieren kann. Zahlreiche Arten des Verbrechens sind da festgehalten, angeschlossen hat den Entwürfen, die vor achtzig Jahren in der Praxis bei uns im Umkreis trieben, bis zu den missverständlich arbeitenden Selbstmordtäter der Gegenwart. Da ist Max Schindler, der erste Sachverständige in Sicherheitsbüros (und ihrer Definition), der im Gefängnis mit einer Karte (statt Wachs) und seinem Bissel aus Zinn einen Nachschlüssel herstellte, aus dem Gefängnis entwich und als Baron Schindell in Belgien sein bewegtes Leben beschloß. Seiner würdig ist der „unbeflegte Piper“,

der eine Wilson Doller raubte und mit einem gefälligen Schreibtisch Napoleons III. Mariamilton von Merito um 3 Millionen erleichtert wollte, was ihm aber mißlang, so daß er in bitterer Armut starb und in den letzten Jahren von der Wildnis seines Vermögens Winkerton lebte!

Sitter a's Hausböcke

In Kaminöfen in Schuppen erwidert sich gegen der Nationalsozialisten die „Breussische Zeitung“, herausgegeben von dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Koch. Dies Blatt empfiehlt am 29. Januar 1932 den Nationalsozialisten, sich einen Hausaltar zuzulegen. Es schreibt darüber: „Wenn wir von der Tatsache ausgehen, daß der Altar in den Kirchen jeder Konfession den Fixpunkt und Mittelpunkt ausmacht, um den sich das kirchliche Leben dreht, so können auch Abwehrende nichts dagegen sagen, wenn wir



Ohne Abstrümpfung kein Friede! Die arbeitende Jugend muß um ihrer Zukunft und um der Zukunft der Menschheit willen in der Front der Kämpfer gegen den Krieg in der ersten Reihe stehen

in unserem Heim ein Plätzchen, das der Ehrung Sitters dient, mit Altar bezeichnen. Sitter ist das A und O unserer Weltanschauung, ist der unverrückbare Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Tuns. Jedes nationalsozialistische Haus muß einen Platz haben, wo der Führer uns greifbar nahe ist, und unter dessen Augen wir merkbar umtreiben können. An solcher Stelle müssen ihm auch gebührende Hände und Herzen täglich kleine Ehrungen in Form von Blumen und Kranzen darbringen, wie wir es bei den Bildern unserer Lieblingen auch tun, um zu zeigen, wie lieb und wert sie uns sind. Wer nur über beschriebene Mittel verfügt, wird ein Bild unseres Führers auf einem geeigneten Flein Holz aufbauen und diesen in geeigneter Weise schmücken. Der heute noch eine etwas vollere Börse hat, wird sich eine gute Plakette von Sitter beschaffen, oder ein großes Bild von ihm, eine Reliquie, die er sich selbst, Schränke und Wände schmücken kann. Unter diesen wir die Kräfte nicht! Wenden wir jede geistige Waffe ausdrücklich und nachgiebig an, wenn sie übertrifft an Wirksamkeit alle anderen, Heil-Sitter!

Was ist ein Zeichen von ihm ins Verhöhnliche abendend Massenwahn! Sitter als Objekt von Sekundärdarstellungen aufgebaut auf einem Hausaltar, höher geht's nimmer! Herr Sitter hat schon gemerkt, warum er den Adolf Hitler zum Gebirgs- und Hildbraburhen gemacht hat. Hildbraburhen ist nämlich der Sig der thüringischen Landesirrenanstalt und führt deshalb in Thüringen den Namen Rappelsberg. Reiß für Rappelsberg — das ist alles, was man zu diesem Auszug des Sitterwahnismus sagen kann.

Dallisches Stadttheater

„Dyphus in der A-terwelt“

Operette von James Offenbach

An dieser parodistischen Operette James Offenbachs ist gerade in den letzten Jahren reichlich herumgebetört worden, aber alle teilslichen Unmühen und alle noch so raffinierteren Reklamekämpfe haben dem Werke wenig gebracht. „Moderne“ Bezeichnungen arbeiten, die heute sollte man nicht mit „modernen“ Bezeichnungen arbeiten, die die Wirkung unbedingt mindern müssen. Die Wuffel Offenbachs, die so allein der Operette ihre Anziehungskraft verlieh (der „Dyphus“ in Offenbachs beliebteste und meistgespielte Operette) ist auch ohne teilsliche Wiedereingetrag frisch und unverwundbar.

Sollte es denn in Halle nicht möglich sein, eine solche Operette hitzgemäß zu bringen und auf die lächerlichen „aktuellen“ Zwischenbemerkungen zu verzichten? Probleme wie das des Bühnenbesizers sind bemerkenswert zu verzichten? Probleme wie das des Bühnenbesizers sind bemerkenswert zu verzichten? Probleme wie das des Bühnenbesizers sind bemerkenswert zu verzichten?

Das Orchester, an sich recht schwach besetzt (nur die Violine hätte gelte fiktionalität) hatte seinen schwarzen Tag. Die Quvertüre zum Anfangstück etwas lustlos und ging dann mit vielem Getöse belächelnd in die Breite. Kapellmeister Traublenzler lenkte geschickt nach in die Breite. Kapellmeister Traublenzler lenkte geschickt nach in die Breite. Kapellmeister Traublenzler lenkte geschickt nach in die Breite.

Spiel dagegen wickte sie wieder entzündend. Die kleineren Rollen mit Fanny Kribbin (Hedwig), Martha Caput (Diana) und Martha Seiler (Berta) waren beachtlich. Nach einigen Textkorrekturen und Orchesterproben konnte auch „Dyphus in der Unterwelt“ wieder ein Reigenstück werden. K. S.

Der aktuelle Däumler

Ein Lichtbildvortrag von Erich Krauf

Wie schon mitgeteilt wurde, veranstaltet die Arbeitergemeinschaft des Bildungserbes der heutigen Stadtkirche, Derschwege Halle, mit dem 23. Die Naturkunde, Ortsgruppe Halle-Elbe am Donnerstag, dem 11. Februar, in der Aula der Lortzstraße einen Lichtbildvortrag über das Thema „Der aktuelle Däumler“. Erich Krauf (Berlin), Rektor der Wälderstraße Buchenberg, hat sich die Aufgabe gestellt, Däumler, den bedeutendsten Karikaturisten, der Arbeiterkraft näherzubringen. Däumlers lebensschichtliche und literare Karikaturen sind auch heute noch, obwohl sie vor einem Jahrhundert geschaffen sind, aktuell. In dem Schaffen Däumlers zeigt sich seine revolutionäre Bestimmung. Seine ausgezeichneten Karikaturen sind ein einziger, ununterbrochener Kampf gegen die herrschende Gesellschaftsordnung. Krauf will nun an Hand zahlreicher Lichtbilder beweisen, daß die Karikaturen Däumlers auch heute noch auf die Verhältnisse passen. Die Eintrittspreise sind wieder äußerst niedrig gehalten und betragen 25 Pf. und 15 Pf. im Vorverkauf, an der Abendkasse 35 Pf.

Das Goethejahr in Halle

In Halle sind im Goethe-Jubiläum folgende Veranstaltungen in Aussicht genommen:

- Februar: An verschiedenen Tagen Vortragsreihe der Volkshochschule: „Goethe“ Goethe als Dichter und Denker in seinem Verhältnis zur bildenden Kunst und Musik.
- 18. Vereinstag Friedrichs II. in der Halle: Halle-Wittenberg: Goethe-Fest im Rahmen der allgemeinen altsächsischen Feste. Festrede von Professor Dr. F. J. Schneider; musikalische Darbietungen und Regitationen.
- März: 20. Dallisches Stadttheater: Goethe-Mengenfeier; 22. Dallisches Stadttheater: Festaufführung „Gommu“.
- April: 4. Festigung der Gesellschaft der Freunde des Goethe-Jubiläums: Vortrag des Univ.-Professors D. Dr. Dr. Bern. Goethe und die Universität; musikalische Darbietungen.
- Juni: 15. Vereinstagung der Freunde des humanistischen

Gymnasium: Vortrag des Professors Herbert Koch „Goethe und die antike Kunst“.

Bereitsstellungen des Buchhändler Theatersvereins Halle in Goethes Theater zu Bad Nauendorf

- 21.-23. „Was wir trinken“ und „Urkraft“; Deutsches National-Theater Weimar. Leitung: Generalintendant Dr. Fr. Ulrich.
- 23.-30. Vortrag der „Schiller“ Bruno Tuerchmann (Seipig); darauf „Bandura“, Berliner Staatstheater. Leitung: Intendant Dr. Ernst Legal.
- Juni: 4.-6. „Der Triumph der Empfindsamkeit“, Augsburger Stadttheater. Leitung: Intendant Dr. Erich Paßk.

Altmärke

Die spanische Fiene

C. Z. Halle Urstirke

Schon einmal hat der Schwan von Arnold und Bach „Die spanische Fiene“ den Bewunderer des hallischen Theatertheaters Schallstürme und Zuschauer entzückt. Was Wunder also, wenn die Verfilmung des Schwanen in Erinnerung an den Erfolg in Theatertheater schon in der Erstaufführung ein volles Haus und Erfolg brachte. Noch dazu, wenn die Darstellerinnen dargestellt werden von „Kannern“ wie Frits Schulz, Ralph Arthur Roberts, Oskar Saba, Hans Trauemeister mit den ausgezeichneten Partnerinnen Betty Bird, Julia Serbo, Bissi Wagner, Lissi Waldmüller.

Der Anhalt: Kleinbühnen. Der Verein zur Hebung der Bühnenkraft streng über die Moral des Bühnenspiels — und seiner künstlerischen Förderung. Auf das Gerücht hin, daß ein ansehender Bühnenregisseur in Halle ein Kino habe, legt eine Kriminalarbeit ein, die zu dem Ergebnis führt, daß man für dieses unbedeutende Anzeichen nicht weiter als vier Jahre findet, daß es im Verein zur Hebung der Bühnenkraft eine Reihe hat. Kurz und gut: Revolution in der Kleinbühne. Die Hauptrolle aber: zwei Pärchen haben sich gefunden.

Allen voran in der Darstellung die beiden „Mütter“ Ralph Arthur Roberts und Oskar Saba. Amel grundbedeutende Taten, so merkwürdig dargestellt, daß sich alles vor ihnen blickt. Frits Schulz ist das lächerliche, unbedeutende Anzeichen, die amerikanische Fiene eines Menschen in allen Ehren. Wenn er der Wund auftritt, dreht alles vor sich. Julia Serbo ist ein fittenerer „Muttergutmensch“, der aber nicht verdrängen kann, daß die beiden reizenden Töchter doch glücklich werden. Was kein Wunder ist bei Betty Bird und Bissi Wagner.

Die Rolle von Oskar Saba ist für flottes Spiel, sein Witzler für die richtige Wuffel. Neben diesem Schwan läuft Jag lösende Wuppung und ein interessanter Kulturfilm. W. K.

Merseburg

Ein Warenhaus in Merseburg?

Magistrate sind empört

Was es nicht alles gibt! Da hatte am Sonntag in Gasthaus zur grünen Linde eine „Arbeitsgemeinschaft“ der Deutschen Gewerkschaften eine Versammlung. Deren Aufgabe war es, die richtige Richtung der Nationalsozialistischen Bewegung zu weisen. Der große Simon, Führer der Bewegung, anwesend, hielt ein Referat ganz nach dem Schema der Versammlungsteilnehmer. Bekanntlich helfen die Nazis allen, ganz so, wie es jeder wünscht. Sogar den Magistrat hatte man eingeladen. Doch der bekannte sich schönstens „aus grundsätzlichen Erwägungen“. Auch einzelne Stadtverordnete hatten man eingeladen, auch einen sozialdemokratischen, doch wohlweislich kam die Einladung erst am Montag an.

Es war ein ganzer Zell Krämmer da. Unter anderem sprachen in der Debatte Kaufmann Busch (Gottschalkstraße) und Paul Kühner (nennst sich Fabrikarbeiter und besitzt das Haus Weissenfeller Str. 2). Der eigentliche Grund der Verammlung war der, daß die Magistrat fürchtete, daß endlich auch in Merseburg ein Einheitskreis-Warenhaus entsteht. Dann ist es nämlich aus mit dem Monopol in Merseburg und es ist endlich ein Faktor da, der preisenregulieren würde.

Wenn die Mitteilungen richtig sind, die Riege machte, soll das neue Warenhaus zu einem Drittel mit Textilwaren, zu einem Drittel mit anderen Waren ausgestellt werden. Wir glauben, daß die Merseburger Bevölkerung es begrüßen würde, wenn dieses Warenhaus Lebensmittel führen würde. Dann könnte endlich einmal eine Preisobergrenze dieser notwendigen Artikel an die Großstadt möglich sein.

Die Riege weiter ausführt, sei gewiß, daß „eine Merseburger Firma diese Pläne mit großen Kapitalmitteln unterstützen“. Es wäre beachtlich, die an der Spitze der Riege stehenden Entenplan bis weit in die kleine Ritterstraße hinein zu einem großen Geschäftsbau auszubauen. Die Stadt hätte jedoch in Anbetracht der allgemeinen Notlage nur einen Teilbau gestattet (Kauz?). Kaufmann Baumann forderte, daß von den neuen Geschäftsinhabern erst vorher die schon lange bestehenden Anlagen gebaut werden müssen, deren Bau der Magistrat auf sechs Jahre verschoben habe.

Von demselben Paul Kühner wurde festgestellt, daß die Firma Hans Rätcher (die ehemalige Ladenstraße) indirekt dazu getrieben wurde, aus dem Haus auszuscheiden. Als jedoch bekannt wurde, daß die Firma Brandt die Räume mieten wollte, sei die fragliche Merseburger Firma dazwischengetreten. Also auch für die Arbeiterchaft sehr interessante Einzelheiten. Der Schlussheft war natürlich der, daß die Kaufmänner in einer Untersuchung vom Magistrat Schutz vor solchen Untersuchungen fordern. Die Geschäftslage besteht sich außerdem mit internen Angelegenheiten der Firma Dobrowitz und zwar in einer Form, daß selbst das „ML“ ablehnte, das zu veröffentlichen.

Nach den Berichten in der bürgerlichen Presse scheint Herr Riege wieder öffentlich aus Deputationsitzungen geplaudert zu haben. Was sagt der Magistrat dazu?

Die Schieberei auf dem Neumarkt

Vor dem holländischen Schwursercht

Heute früh begann vor dem Schwurgericht in Halle unter Vorsitz von Landgerichtsrat Steloch der Prozeß gegen drei Kommunisten, den Brauer, Wolf und aus Merseburg, den Bauarbeiter Hans Seybold aus Köpchen und den Matrosen Wilhelm Werner aus Bremen — sämtlich in Haft — wegen Mordversuch bzw. Totschlagsversuch. Dem Prozeß liegt die Schieberei auf dem Neumarkt in Merseburg am 20. August vorigen Jahres zugrunde, bei der von seiten der Kommunisten einige Schüsse auf die Polizei abgegeben wurden. Die Kommunisten hatten eine Auseinandersetzung mit einem ihrer Parteigenossen, einem gewissen Grundbach, gehabt, den man angeblich als Schießscheiße in die Luft entwerfen sollte. Als die Polizei in den Streit eingriff, wurde auf sie geschossen. Die drei Angeklagten wurden festgenommen. Sie sollen geschossen und sich damit des Mordversuchs, Totschlagsversuchs an den Brüdern Karl und Paul Grundbach sowie an den Polizeibeamten Ratmann und Müller schuldig gemacht haben. Alle drei leugnen ihre Tat. Wahrscheinlich will ihr beizukommen sein, daß er sich an nichts mehr erinnern kann, Seybold will im die Zeit auf dem Wege nach Köpchen gewesen sein und Werner will unschuldig verhaftet worden sein.

Eine umfangreiche Beweisaufnahme — 50 Zeugen — wird nun im Sachverhalt zu klären haben. Die Verhandlung wird zwei Tage dauern.

Wieder eine Leiche an der

Gestern mittags gegen 13 Uhr wurde von einem Stromarbeiter am Strandschloß die Leiche einer unbekannt, etwa 35jährigen Frau gefunden.

Einem Herzschlag erlegen ist gestern in der Nähe des Waldbades Leuna der Werkschutzoffizier Karl E. aus Merseburg. Er brach unterwegs plötzlich tot zusammen.

Eine Ermittlung zu verhindern versuchte gestern in den Antiküchlen eine größere Menge, aufstehender Kommunisten. Als die Polizei eintrat, verstreuten sich die Leute wieder.

Wochenversammlung, Karfreitag 4. Donnerstag, den 11. Februar 1933, von 10 bis 11 Uhr: allgemeine. Freitag, den 12. Februar 1933, von 15 bis 16 1/2 Uhr: Verkauf.

Kreis Querfurt

Das sind die Herren des 3. Reiches!

So geht es allen Arbeitern, wenn Demischnationale oder Nazis regieren würden

Jüchepfisch. Vor längerer Zeit berichteten wir von einem Exzerzieren einer Stahlhelmgruppe von circa 30 Mann auf Rittergut Jüchepfisch. Dabei wurden die Stahlhelmsoldaten längere Zeit von Herrn von Biechla beschäftigt. Auf der einen Seite lag gerade Herr von Biechla über schlechte Zeiten, und es wird dabei sogar versucht, die Arbeiter um ihren verdienten Lohn zu bringen. Auf der anderen Seite aber, wenn es gilt, eine Schutztruppe für die Großgüter auszubilden, kann es nicht genug kosten.

Ein besonders trauriger Fall von Terror gegen Arbeiter spielte sich dieser Tage in Jüchepfisch ab. Der schon über 30 Jahre auf dem Rittergut beschäftigte Arbeiter Stollberg, der noch dazu Betriebsratsmitglied ist, wurde strichlos entlassen. Stollberg wollte ein Schwein schlachten und erbot sich beim Inspektor einen Tag Urlaub. Er erhielt ihn zwar auch, da er aber Herr von Biechla nicht selbst um Urlaub angegangen war, wurde er strichlos entlassen. Nach vier Tagen wurde er wieder eingestellt, aber unter der Bedingung, daß er folgen, ihm von Herrn von Biechla vorgelegten Reders unterzeichnen sollte.

Der unterzeichnete landwirtschaftliche Arbeiter Karl Stollberg wird von der Gesamtarbeiterchaft Jüchepfisch erneut eingestellt, mit der Bedingung, daß er sich nicht in der Reichswehr

vorzunehmen Arbeiten zu unterziehen hat. Arbeitsüberbelastung und Widerstände zur Arbeit ohne vorherige rechtzeitige Abmeldung, ebenfalls Mißachtung und ungebührliche Betragen stellen triftige Entlassung nach sich. Bei fristloser Entlassung ist die Verfassung zu beachten.

Ich erlaube außerdem durch Unterzeichnet an, daß ich wegen des Lohnausfalls keine Ansprüche stelle, da ich trotz Entgegenkommens meines Arbeitgebers, für mich einen Entschluß fassen zu können, das nicht gelten und insoweit kein bestimmten Arbeitsanfall durch Abschließen eines Schenkens verurteilt habe, worüber der betreffende Betrag in Rechnung gebracht worden ist.

Nach drei Tagen wurde Stollberg erneut entlassen, weil er sich weigerte, Vorzeichen zu unterzeichnen. Außerdem wurde ihm auch der Lohn für die drei Tage nicht ausbezahlt. Stollberg ist nun in großer Not. Bereits 8 Tage hatte er keinen Verdienst: Arbeitslosenunterstützung erhält er nicht, da er keine Beiträge gezahlt hat. Aus Vorstehendem geht hervor, wie es den Arbeitern ergehen würde, wenn die Landarbeiter zur Macht kämen. Die Landarbeiter in Jüchepfisch mögen aber endlich erkennen, daß die Verhältnisse nicht gebessert werden können, wenn sie sich verhalten dem Deutschen Landarbeiterverband angeschlossen, nicht dem Stahlhelm, der sie im Stiche läßt und nur für die Herren da ist.

Gewerkschaftskartell Mülcheln für Eiserner Front

Aufschreibende Mitteilungen über die Stilllegung von „Leonhardt“

Mülcheln. Die Generalversammlung des Gewerkschaftskartells war trotz gegenteiliger Meinungen eingeleitet von positivem Wollen zu fruchtbringender Arbeit. Ein gleich zu Beginn der Sitzung zur Geschäftsordnung gestellter Antrag Wippert, die Sitzung abzubrechen und in einer Stunde im Gewerkschaftshaus weiterzugehen, verfiel der Ablehnung. Der vom Kollegen Geveher gegebene Geschäftsbericht löste eine lebhaft Diskussion aus. Erfreulich ist, daß die Beteiligung an den einzelnen Sitzungen, trotz der Krise, auf und sogar besser wie 1930 war. Dem Appell des Kollegen Geveher, geschlossen zusammenzutreten und

die Eiserner Front zu stärken,

gläubte Genschel die „rote Einheitsfront“ entgegenhalten zu müssen. Er fand aber damit keine Gegenliebe und mußte sich hauptsächlich vom Kollegen Gels (Merseburg), der als Gast anwesend war, bittere Wahrheiten sagen lassen.

Eine Debatte entspann sich auch über die vorgenommene Pressensensibilisation und es herrschte volle Einmütigkeit darin, sie immer weiter auszubauen, um eine allgemeine Pressensituation zu erreichen.

Der vom Kassierer erstattete Kassensbericht zeigte, daß vieles für die Bewegung getan worden konnte und auch die Arbeit an der Jugend nicht unterlassen werden durfte. Im übrigen sind die Kassenerhältnisse stabil. Dem Kassierer wurde auf Antrag des Revisors ein einstimmig Entlassung erteilt. Bevor man zur Vorstandswahl schritt, wurde einem Antrag Wippert stattgegeben, der besagt, daß die Sitzungen abwechselnd in Mülcheln und unterhalb stattfinden. Zur Vorstandswahl wurden zwei Vorschläge eingereicht, jedoch

der alte Vorstand mit übermäßiger Mehrheit wiedergewählt.

Romisch berührt es, daß der linientreue Kapobis Genschel als ersten Vorgesetzten den im Sommer aus seiner Partei ausgeschlossenen Kollegen Wippert zum Vorgesetzten vorschlug. Es wurde wieder beschlossen, die in Mülcheln stattfindenden Sitzungen wieder im Gewerkschaftshaus abzuhalten, da mit dem neuen Wächter der Grund zum Weiden des Gewerkschaftshauses wegfiel.

Kollege Gels machte interessante Ausführungen über die Stilllegung der Grube „Leonhardt“.

Es geht daraus hervor, daß sie sehr wohl hätte vermieden werden können. Die indirekte Veranlassung ist nur in der Rücksicht auf die Rentabilität des Mülchelerwerkes zu suchen. Der vorgeschobene Grund „Abbaumanangel“ (30 000 Tonnen auf Stapel und wöchentlich 600 Tonnen Ueberproduktion) kann nicht stichhaltig sein, da bei Einlegung einer Festschicht pro Monat auf dem Mülchelerwerbe die ganze Ueberproduktion der „Leonhardt“ behoben wäre. Ein weiterer Grund für die Stilllegung sei in dem Willen der Direktion zu suchen,

die Bergschicht, und hauptsächlich die aus dem Arbeiterhande hervorgegangene Beamtenschaft, zu dezimieren und hernach durch holländische Akademiker zu ersetzen.

Trotz der schweren Zeit konnten aber unsere Gewerkschaftsvertreter erreichen, daß der Direktor schriftlich erklärte, bei Wiederaufnahme des Betriebs, mit Ausnahme der Zunder, außerdem können die Leute in ihren Wohnungen bleiben. Schwachfies Essen, die Portion für 25 Pf. wird ausbezahlt. Für Familien ist dieser Preis freilich zu hoch. Durch die Stilllegung sind 80 Prozent aller bisher Erwerbslosen in Neumarkt arbeitslos! Sonderbar berührt das Verhalten des Oberbergates Liebenam von der Oberbergbehörde West-Galle. Brachte es doch wieder hohe Gehalts-

empfänger fertig, dem Landrat, als er zu sozialer Einsicht mochte, furchend das Wort abzuschneiden. Nach unserer Kenntnis soll übrigens jetzt der Betrieb der „Leonhardt“ durch kostspielige Umbauten auf höchste technische Leistung gebracht werden.

Seibstmo:de kauft sich

Lügendorf. Dienstag gegen 10.30 Uhr hat der Dreher Herr J. aus Lügendorf auf offener Straße einen Selbstmord durch Aufschneiden der Pulsader begangen. Seine Tat mißlang, da er nur die Beine des Handgelenks verletzete. Durch den herbeigerufenen Arzt wurde ein Notverband angelegt und die Ueberführung nach dem Krankenhaus in Querfurt angeordnet. Es ist das bereits der dritte Selbstmordveruch. Die Ursache scheint in ehe lichen Zerwürfnissen zu suchen sein.

Neumar. Schneller Tod. Montag abend hielt der hiesige Bayern- und Trachtenverein in der Gemeindefesthalle Ludwig seine Übungsstunde ab. Dabei erlitt das Mitglied Franz Brodicheln beim Hinabspringen plötzlich einen Herzschlag, der den Tod zur Folge hatte.

Nebra. Diebstahlten dem Gemeinde-Nachtmünder Görde resp. dessen Küchlerkammer einen Leinwand. Görde selbst liegt länger Zeit im Krankenhaus. Während sein Vertreter im Dorfe die Runde machte, erbrachen die Diebe von der Dorfstraße aus des Fensters, holten eine Anzahl Würste, Speckstücke und Schinken heraus und verschwand im Dunkel der Nacht.

Nebra. Eine Stadtverordnetenversammlung findet am Sonnabend, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im „Weißen Hof“ statt. Tagesordnung: Büromittel. Neumarb der Verwaltungskommission. Sachternehmung für den Ratsherrenrat. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Sitzung am 12. Februar, abends 8 Uhr.

Zur Stadtverordnetenversammlung müssen alle Arbeiter erscheinen, damit sie bei der Büromittel wieder das wahre Gesicht der kommunistischen Fraktion erkennen. Zum vierten Male wird der Vorsteher gewählt. In den letzten Jahren gab stets die Maskenfraktion ihre Stimme den Bürgerlichen. Diese Sitzung steht im Zeichen des Kampfes um den Reichstis. Ob wohl jetzt die Kommunisten sich eines anderen besonnen haben? Jetzt müssen sie Farbe bekennen, ob gegen oder für Reichstis!

Reichstis. Brennholzverkauf. Donnerstag, den 11. Februar, findet von 9 Uhr an im Schlosshof, zum weichen Hof, eine Brennholzverkaufsstelle statt. Es kommen etwa 1200 Kubmeter Scheit, Antipfel Reis 1 St. von Gläse, Rot, und Birkhölzer, Kiefer, Eiche, Birke, Linde, Alpe, Fichte und Tanne zur Versteigerung.

Saalkreis

Aberall Vorstoß der Eisernen Front

Teicha. Endlich ist es auch hier wieder möglich gewesen, eine öffentliche S.B.D.-Versammlung in Ruhe durchzuführen. Über 200 Personen verfolgten aufmerksam die Ausführungen des Genossen Fritz Dreißler. Die zahlreich anwesenden Kommunisten (ein großer Teil aus den umliegenden Dörfern) machten kaum einige schäudernde Zwischenrufe. Genosse Dreißler zeigte in seinem Referat die immer schärfer werdende Zuspitzung der kapitalistischen Wirtschaftskrise und die damit verbundene Verpoletisierung immer größerer Schichten des Mittelstandes. Die Befahren des Faschismus und der sozialen Reaktion fordern

Damen-Mäntel

auch während der Weißen Wochen enorm billig

durch sehr tiefe Preissenkung

Dobkowitz

bei

Nazi-Übungen auf Reichswetangelände!

Neutralität, Herr Groener?

Hilflos Berliner Bürgerkriegsdarmer, vor deren wechsellagerndem Blicken man vor allem im Reichswetangelände in Berlin auf den Augenwimpernschlag der Reichswetangelegenheiten seit längerer Zeit regelmäßig als Neuzugänge an. Darüber berichtet das sozialdemokratische „Wanderer Volksblatt“ folgenden:

„Seit Wochen werden an jedem Sonntag auf den Exerzierplätzen von Döberitz großangelegte Feldübungen abgehalten. Die Teilnehmer an diesen Aufmärschen sind Nationalsozialisten. In den letzten Wochen wurden bei jeder Feldübung etwa 3000 Mann gezählt. Sie kommen in der Hauptsache aus Berlin. Nach der Fahrt ins Exerzierfeld geht ein Teil zu Fuß über Straßen nach Döberitz; ein anderer Teil fährt die Fünftung weiter und marschieren von da aus zum Exerzierplatz; wieder andere Gruppen bemühen zu Fuß auf Motorrädern, Fahrrädern und Autos die Exerzierstraße; und so ist an jedem Sonntag auf den Zugangsstraßen nach Döberitz ein Betrieb wie bei einer Mobilisierung.

Die Übungen gehen auf dem Gelände der Reichs-

wehr vor sich. Vor den Eingängen stehen Soldaten als Posten; das sind die Eingänge, an denen das Schicksal steht, das die Teilnehmer nur mit Genehmigung der Kommandantur passieren dürfen. Die Posten sind polizeilich; und daraus ergibt sich, daß diese Feldübungen mit der Genehmigung der Reichswetangehörigen vor sich gehen.

Jetzt ergibt sich die Frage, wie sich diese nationalsozialistischen Feldübungen mit dem Grundsatz der politischen Neutralität der Reichswet vereinbaren lassen!

Dies Judrücken dieser Übungen ist eine Folge der Tarnung. Die offensichtlich nationalsozialistischen Übungen legen unter neutraler Flagge die Mitglieder erhalten pro forma eine Mitgliedskarte des Vereins „Deutscher Volkssport“ (Volkssport) und zahlen jeden Sonntag 10 Pf. Eintrittsgeld und außerdem noch irgendeinen Monatsbeitrag, damit die Sache harmlos ausfällt. Der „Volkssport“ besteht in der militärischen Ausbildung; es werden alle diejenigen theoretischen und praktischen Übungen abgehalten, die zur „gemäßigten Erziehung und Sicherung der politischen Macht“ nötig sind. Auf die Dienstverpflichtung sind Returen des Dritten Reiches nicht verpflichtet;

denn sie brachten auf dem Heimmarkt laut und ungeniert davon, wie man sie diesmal wieder gebührend und geschäftlich habe.

Wie an jedem Sonntag wurde auch am letzten Sonntag auf der Exerzierstraße von den Nationaltruppen ein Terror ausgeübt. Der offensichtlich in den letzten benannten Feldübungen zurzichte. Die Posten wurden besetzt; eine Nachschubgruppe jugendlicher Ausflügler wurde besetzt; eine wurde vom Raben gerissen und verprügelt; als den anderen ganz ahnungslos ihres Weges fahrenden Zerstörungen das gleiche Schicksal blühen sollte, trat ein „Führer“ dazwischen und ermöglichte die „Flucht“ der Nebenbeteiligten, die dann auch unter dem brüllenden Geplätscher der Nationalsozialisten galoppierten. Sie tam erst, als dies vorbei war. Die an diesem Vorgang beteiligten Führerleute spahen unterdessen mit dummschmerzlichen Gesicht ihren Weges; als die Polizei außer Sicht war, bekamen die Ritzelsteinen zum Neuen.

Das sind Exenproben für einen Bürgerkrieg; die technische Vorbereitung erfolgt auf dem Gelände der Republik. Wir fragen, wann mit diesem Stande Schicksal gemacht wird. Die Reichswetangehörigen müssen gezwungen werden, von oben her einzugreifen.“

Der Groener-Erlass

Eine mutwillige Herausforderung des Reichsbanners

Der Reichswetminister hat unter dem 29. Januar im Einvernehmen mit dem Reichsanwalt einen Erlass an die Wehrmacht erlassen, in dem er sich mit der psychologischen und staatspolitischen Seite der Wehrverbände befaßt. In dem Erlass heißt es:

„1. Zur solche Wehrverbände haben Lebensberechtigung, die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen, und die ihre Hauptaufgabe in der körperlichen und geistigen Erziehung ihrer Mitglieder sehen. 2. Jede militärische Bestätigung der Verbände lehne ich als unzulässige Soldaten-spieler ab. Wo ich auf beratende Dinge, die zudem geistlich verboten sind, treffe, werde ich dagegen einschreiten. 3. Die Anmaßung politischer oder sonstiger staatlicher Befugnisse durch die Verbände werde ich stets auf das schärfste bekämpfen. Die geringste Nachgiebigkeit auf diesem Gebiet bedeutet eine Dettailisierung der Wehrmacht und Polizei, der berufenen Hüter der staatlichen Ordnung. Deshalb werde ich auch die Vorbereitung einer Hilfspolizei, wie sie freiwillig in den letzten geistlichen Reichsbannerkreise passierte, oder die Organisierung anderer Gefolgsorgane, wie sie Herr Dr. Bell in Hessen vor sich führte, niemals dulden. Derartige Organisationen führen letzten Endes zu Arbeiter- und Soldatenräten oder ähnlichen Revolutionen. Wenn außergewöhnliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nötig sind, so stehen dem Herrn Reichspräsidenten die gesetzlichen Machtmittel des Staates dazu zur Verfügung. Wenigstens die Gemütern. Diktatorisch-ärmern und Vorkämpfern kann ich die Verführung geben, daß die legalen Machtmittel des Staates inaktiv und ausweichend sind, um jeden berechtigten Versuch im Reine zu ersticken, und ich möchte auch keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich diese Machtmittel des Staates nötigenfalls ohne Zögern und rückhaltlos einsetzeln gemäß bin.“

Der Erlass des Erlasses, der nach seinem Inhalt und nach seiner Stillierung merkwürdig anmutet, ist die Frage gewidmet, „wann ein Wehrverband aus politischen Gründen von der Einstellung in die Reichswet auszuscheiden ist.“ Es handelt sich hier um den Erlass, den wir bereits dieser Tage registriert haben und der von der Einstellung in die Reichswet für die Zukunft nur Romantik ausschließt, während er der von Nazis nicht widerspricht, ohne daß darauf jedoch ausdrücklich hingewiesen wird. Insofern reißt der Erlass einen Widerspruch an den

anderen. Er schließt beispielsweise von der Einstellung ganz generell Mitglieder von Parteien und Verbänden aus, die ihrem Programm nach die nationalsozialistischen Ziele verfolgen. Die Wehrverbände werden ausdrücklich gelobt, daß sie diese gewalttätige Milderung nach ihrem Programm wollen, während sich der Erlass über das Wollen der Nationalsozialisten ausschweift, obwohl sie nach der Auffassung hoher Gerichte ebenso den Sturz des bestehenden Staates und zwar mit allen Mitteln erlören. Welche Gründe hat der Reichswetminister dafür, daß er trotz der Auffassung hoher Gerichte über die Ziele der Reichswet, die kommunistischen Parteimitglieder hinsichtlich der Einstellung in die Reichswet in Zukunft schlechter behandelt wissen will als die Mitglieder der Hitler-Partei? Wahrscheinlich nur die Zulage Hitlers, daß er legal zur Macht will. Unterdessen aber reden seine Unterführer im Lande tagtäglich das Gegenteil! In der Wehrerbträge hört man jedoch zur Zeit nur die eine Seite — und das dürfte keine bestimmten Grund haben!

Eine Taktlosigkeit insonderheit ist es, die Bestrebungen des Reichsbanners mit den Plänen des Nationalsozialisten Dr. Bell in einem Atem zu nennen. Das Reichsbanner hat die Wehrmacht, im Falle der Not die treu zur Verfügung stehenden Polizei- und Wehrverbänden nach zu unterliegen. Ein solches Verhalten verbietet die Wehrerbträge, und man, wenn man ihre Verwirklichung für unnötig oder unzumutbar hält. Gabe es kein Reichsbanner, so hätte die Regierung Brüning-Groener schon längst eine Regierung Hitler-Geplätsch machen müssen. Darum ist die ganz überflüssige Anrempelung des Reichsbanners nicht nur das Gegenteil von taktvoll, sondern auch das Gegenteil von politisch klug.

Mit Erstaunen vernimmt man, daß dieser Reichswetbefehl mit Zustimmung des Reichsanwalters erlassen worden ist. Wehr dazu zu sagen hindert uns nicht die Notverordnung, sondern nur die Ermüdung, daß jetzt der Kampf gegen die harzburger Reaktion das Entscheidende ist und daß sonst notwendige Maßnahmen unberücksichtigt werden müssen. Wir glauben, daß man auch auf der anderen Seite für diese Ermüdung etwas Verantwortlich beifügt; das sollte auch für sie ein Grund sein, mutwillige Herausforderungen zu vermeiden.

Sozialpolitik und Bergarbeiter

Forderungen der gewerkschaftlichen Organisation

Böhm, 9. Februar (Eigenbericht).

Die Reichskonferenz des Bergbauindustrieller-Verbandes in Böhmen fand am Sonntag ihren Abschluß mit verschiedenen bedeutsamen Willensentscheidungen.

Die Stellung des Verbandes in der Frage der internationalen Kohlenverfärbung wurde unterrichtet durch die einstimmige Annahme einer Entschließung, in der die Konferenz dahingehend

Kathisierung des Genet Arbeitsetabkommens

für den Bergbau forcht. Die Reichsregierung müsse auf der für April vorgeschlagenen Konferenz der Kohlenländer in politischer Weise für die unverzügliche Inkraftsetzung dieses Abkommens eintreten. Die Befolgung der Genet Richtlinien ist eine nützlichere Kohlenpolitik als die gegenwärtigen Willensäußerungen der Kohlenländer. Gegen die Erziehung des Kameradschaftsgefühles durch das Ein-Wann-Geblinde mit seinen traffen Lohnunterdrücken und seiner unrichtigen Anteilereiwandte sich die Konferenz ebenfalls in völliger Einmütigkeit. Die sozialpolitischen Beratungen fanden ihre Zusammenfassung in einer einstimmigen angenommenen Entschließung, die eingehend

zur Knappheits- und Arbeitslosigkeit

Stellung nimmt. Die Zustände in der Sozialversicherung seien unannehmbar geworden. Die Bestimmungen, wonach beim Zusammen-treffen von Renten aus mehreren Versicherungszweigen stets ein

Teil — und oft eine ganze Rente — in Wegfall komme, bedeuten eine große Ungerechtigkeit. Sehr vielen Un- und Verlosung-renteneinempfänger werden dadurch 40 bis 50 Proz. ihrer bisherigen Bezüge genommen. Alle Unfallverletzten erheben künftig nur einen kleinen Teil und Schwererletzte überhaupt keine Leistungen mehr aus Versicherungszweigen, in die sie jahrelang sehr hohe Beiträge zahlten. Besonders hart würden dadurch die unfallverletzten Bergarbeiter betroffen, die ihre Beiträge in der Knappheits-Pensionsversicherung und in der Invalidenversicherung zahlen. Unverständlich sind Maßnahmen, durch die

In der Unfallversicherung

Renten unter 20 Proz. ganz und von 20 Proz. nach zwei Jahren vollständig fortfallen. Die dadurch entstehenden Härten seien katastrophal. In der Knappheitsversicherung hätten sich die Verhältnisse ebenfalls verschärft. Die Reichsregierung müsse unverzüglich Schritte unternehmen, damit die Knappheits-Pensionsversicherung auf eine glücklichere Grundlage gestellt werde. Die Erhebung einer Produktionsumlage liege nicht zu umgehen. Der Verband wiederhole daher diese Forderung nochmals ausdrücklich. Eine Verwirklichung der

Arbeitslosigkeit

— so schließt die sozialpolitische Willensentscheidung — wäre unerschwinglich. Die Einführung des Krümpersystems muß vor allem im Hinblick auf seinen Klassenentlastungen mit größtem Nachdruck angefordert werden.

Gefährlich ab. Er erklärte, das Faltschlag in seiner Berliner Gleichgewichtslage mit Unterfügung Drehens hergestellt zu haben; im Hinblick auf die Entlastung von Solakon hätte er das Faltschlag nicht in Berlin, sondern in Breslau abgeben wollen; bis jetzt sei aber noch kein solches Geschäft veräußert worden.

Auch in der sächsischen Oststadt Riesa (Kreis Riesa) lag ein Faltschlag unter der Bezeichnung verhaftet, seit 1 1/2 Jahren läuft Zucht- und Strafanstalt aus Zucht- und Strafanstalten hergeleitet und vertrieben zu haben. Bei einer Hausung wurde viel belassendes Material gefunden.

Der mißglückte „Vorstoß“

Erfolgreiche Abwehr der Verleumdungen

Der Amtliche Preussische Pressedienst hat am 1. Februar das journalistische Verfahren der Zeitschrift „Der Vorstoß“ gebührend geteilt, die in einem auf völlig unzureichendem Material aufgebauten Aufsatz eine Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dadurch zu distanzieren suchte, daß sie ihnen ungebührlich hohe Rebenzüge, z. B. aus staatlichen Unternehmen, nachzählt. Insofern haben diese Persönlichkeiten durch prägelegliche Verleumdungen die objektive Unmöglichkeit der aufgestellten Behauptungen eingehend dargestellt, und es ist mir fernzudenken, daß der „Vorstoß“ diese Verleumdungen — nicht einmal in der prägeleglich vorgeschriebenen Form — ohne ein Wort des Bedauerns darüber wiederholt, daß er einer Reihe von Männern des öffentlichen Lebens ungebührlich zu nahe getreten ist. Er muß er sich sogar darüber, daß man in den betreffenden Kreisen so empfindlich gemorren ist. Wir wünschen, daß man im „Vorstoß“ etwas empfindlicher gegenüber den Anforderungen journalistischer Sorgfalt und Korrektheit sei.

Einige Tageszeitungen hatten im guten Glauben auf die allgemeinen Redaktionsgepländerten der erhaltenden deutschen Presse die Behauptungen des „Vorstoß“ übernommen und mußten nun ebenfalls die prägelegliche Verleumdung bringen. Die „Ameisengleichzeitung“ hat etwas, was der „Vorstoß“ verurteilt hat, sie bedauert diese „Verleumdung“ durch den „Vorstoß“, und die „Ameisengleichzeitung“ erklärt ausdrücklich, daß vom „Vorstoß“ nicht nach dem selbstherrlichen Grundbesitz verfahren worden ist. Insofern, die einer Verleumdung gegenüber, auf sie nicht zu prüfen. Die kritischen Verurteilungen aus ihm politisch nachteiligen Kreisen sollten dem „Vorstoß“ zeigen, daß es nicht genügt, den guten Willen zu haben, „Einfachheit“ etwas am Zeuge zu sitzen und dabei auch staatliche Unternehmungen distanzieren, sondern daß man bei solchen Vorstößen doch wenigstens gewisse reaktionelle und in der deutschen Presse heute zum Glück noch übliche Gepflogenheiten beachten muß.

Für und gegen das Zugabewesen

Was werden die amtlichen Stellen tun?

Die Mittelständler erleben zur Zeit mit allen Mitteln ein Verbot des Zugabewesens. Geradezu fieserhaft arbeiten sie hinter den Kulissen, um bei den Regierungsstellen das Zugabewesens durchzuführen. Die Interessenten machen sich wegen der volkswirtschaftlichen Auswirkung eines solchen Verbots keine Sorgen. Um so mehr ist der Öffentlichkeit und Regierung diese Auswirkung ihrer Augenmerk schenken. Allen in der Porzellanindustrie würde ein Zugabewesens nach den Ermittlungen des Heranbildenden Bundes, Tausende von Beschäftigten aus Lohn und Brot bringen — etwa ein Fünftel der jetzt noch in der Porzellanindustrie Tätigen.

Die Beschäftigten der von einem eventuellen Zugabewesens bedrohten Porzellanfabriken haben sich angelehrt der großen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, unter denen sie bereits zu leiden haben, mit energiegelassen Protestschreiben an ihre Organisation gemandt. Der Verband möge alles tun, um in der jetzigen Zeit die Vernehmung der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Auch die Konsumgenossenschaften treten für das Zugabewesens ein. Die genossenschaftlich organisierten Porzellanarbeiter betonen demgegenüber, daß sich ein Verbot vor allem für Thüringen und Oberfranken mit seinen stark entvölkerten Genossenschaften katastrophal auswirken müßte. Manche Stadt und Gemeinde würde infolge der mit einem Zugabewesens verbundenen Betriebs-einstellungen ruiniert, und die Konsumvereine in den betroffenen Orten müßten schwer darunter leiden. In einer Zeit so großer Arbeitslosigkeit dürften diese Gelege erstehen werden, die Arbeitslosigkeit, Elend und Not vergrößern.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 9. Februar

Matter bei großer Weizenangebot

Die Berliner Weizenbörse verkehrte am Dienstag in matter Haltung. Die Gütle für Roggen konnte am Markt der Getreide noch etwas anziehen, da das Angebot weiter sehr knapp war.

	8. Februar	9. Februar
	(ab mittlere Stetten in Markt)	
Weizen	242 - 44	241 - 243
Roggen	194 - 198	194 - 195
Gerste	198 - 198	197 - 198
Häfer- und Inhabertgerste	153 - 157	153 - 157
Hafer	153 - 157	153 - 157
Wassermehl	29,00 - 29,00	29,00 - 29,00
Reinmehl	27,20 - 29,00	27,00 - 29,00
Reinmehl	9,50 - 9,90	9,50 - 9,90
Roggenmehl	9,50 - 9,90	9,50 - 9,90

Berliner Viehmarkt

Der Dienstagmarkt brachte Preissteigerungen auf der ganzen Linie, die aber noch ausschließlich auf nicht genügender Angebot beruhen. Das gilt insbesondere für die Ställe, wo bei stetem Angebot der Viehmarkt nicht ansteigt. Hier nähmen auch die Preissteigerungen ein hohes Ausmaß an. Auch auf dem Schweinemarkt verkehrte die Verkäufer börsen Vieh zu teuren Preisen, auch in allen Klassen gering. Auch die gema einseitig waren die Preissteigerungen auf dem Hammelmarkt.

Stuten: Schmalen (1 über 300 Pfund) — (-), 1) 240 bis 300 Pfund 41—42 (-), 2) 200 bis 240 Pfund 40—41 (-), 3) 160 bis 200 Pfund 38—39 (-), 4) 120 bis 160 Pfund 35—36 (-), 5) 80 bis 120 Pfund 32—33 (-), 6) 40 bis 80 Pfund 28—29 (-), 7) 20 bis 40 Pfund 24—25 (-), 8) 10 bis 20 Pfund 20—21 (-), 9) 5 bis 10 Pfund 16—17 (-), 10) 2 bis 5 Pfund 12—13 (-).

